

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 172

Dienstag den 26. Juli 1932

90. Jahrgang

Die erste Entscheidung des Staatsgerichtshofs

Preußens Antrag auf einstweilige Verfügung gegen den Reichskommissar zurückgewiesen

W. Berlin, 25. Juli. In der Streitfrage zwischen dem Land Preußen und dem Deutschen Reich verhandelt heute mittags um 1.10 Uhr der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich als Entscheidung, daß die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung abgewiesen werden.

Dr. Baumé gab für die Entscheidung des Staatsgerichtshofs folgende Begründung:

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat heute zu entscheiden, ob der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, die im vorliegenden Fall gestellt worden ist, zulässig ist. Daß der Staatsgerichtshof grundsätzlich für sich die Befugnis in Anspruch nimmt, im Laufe eines Verfahrens vorläufige Anordnungen zu treffen, ist wiederholt ausgesprochen worden. An dieser Auffassung hält der Staatsgerichtshof fest. Offen geblieben ist bisher die Frage, ob im Rahmen einer verfassungsrechtlichen Streitigkeit innerhalb eines Landes eine einstweilige Verfügung zu erlassen ist. Dies kommt hier nicht in Betracht, da es sich nicht um eine verfassungsrechtliche Streitfrage eines Landes handelt, sondern um den Streit zwischen dem Reich und einem Land. Gerade in einem solchen Streit ist und zwar auf Antrag der Reichsregierung, eine der beiden einstweiligen Verfügungen erlassen worden, zu denen sich allein bisher der Staatsgerichtshof entschlossen hat. Damit ist grundsätzlich anerkannt, daß der Streitigkeiten dieser Art zwischen dem Reich und einem Lande eine einstweilige Verfügung des Staatsgerichtshofs in Frage kommen kann. Diese Meinung anzugeben, hebt der Staatsgerichtshof seinen Anstoß. Heber die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung kann der Staatsgerichtshof aber nur entscheiden, insofern er für die Streitigkeiten, um die es sich bei dem Verfahren in der Hauptsache handelt, zuständig ist. Diese Frage der Zuständigkeit für die Hauptsache ist von Amts wegen nötig. Die Antwort führt sich bei Annahme des Staatsgerichtshofs auf Artikel 19 der Reichsverfassung, nach dem, wenn nicht ein anderer Gerichtshof zuständig ist, der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich über Streitigkeiten staatsrechtlicher Art zwischen dem Reich und einem Lande zu entscheiden hat. Daß es sich um keinen Streit staatsrechtlicher Art handelt, bedarf keiner Frage. Es ist davon auszugehen, ob die antragstellenden abgetretenen preussischen Staatsminister befugt sind, in dem gegenwärtigen Verfahren das Land Preußen zu vertreten. Allerdings hat die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums, in deren

Namen die Klage geführt wird, ihres Amtes oder wenigstens ihrer Amtsfunktionen enthoben. Diese Enthebung ist aber erfolgt in Durchführung des Beschlusses des Herrn Reichspräsidenten vom 21. Juli 1932. Um die Rechtsgültigkeit dieser Verordnung handelt es sich in dem vorliegenden Verfahren. Es treffen deshalb dieselben Erwägungen zu, aus denen der Staatsgerichtshof in dem Streitverfahren wegen Eingemeindung im Westen Preußens zu der Auffassung gelangt ist, daß die Reichsparteilichkeit der Gemeinden für das Streitverfahren, in dem es sich um die Gültigkeit der auf dieselben vernichtend wirkenden Verordnungen handelt, für fortzubehalten zu gelten hat. Der Staatsgerichtshof hat in seiner bisherigen Rechtsprechung die Auffassung vertreten, daß eine von ihm zu erlassende einstweilige Verfügung die endgültige Entscheidung nicht vorwegnehmen darf, daß sie insbesondere nicht auf der Grundlage ergehen konnte, daß der Staatsgerichtshof sich den Rechtsstandpunkt des einen oder des anderen der streitenden Teile vorläufig zu eigen macht. Dem Wesen der Bedeutung des Staatsgerichtshofs wird nicht entsprochen, wenn er sich auf Grund einer vorläufigen Meinung zu einer Rechtsaufgabe befähigen wollte, die er nach gründlicher Erwägung bei der Entscheidung zur Darstellung wieder ausgeben muß. In diesem Standpunkt muß festgehalten werden. In diesem Rahmen ist es zulässig, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, wenn diese Zwangsregelung eines einstweiligen Zustandes zur Abwendung wesentlicher Nachteile nötig erscheint.

Der Staatsgerichtshof lehnt es jedoch ab, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, weil nach dem neu formulierten Antrag der preussischen Minister dieser Erlass einer einstweiligen Verfügung eine Invektivierung der Staatsgewalt zwischen Reichskommissar und bisherigen Ministern in sich schließt. Der Staatsgerichtshof könne eine solche Gewaltenteilung nicht vornehmen. Er sei auch nicht in der Lage, von sich aus Vorschläge zu machen, wie die Verhältnisse in Preußen sonst vorläufig geregelt werden könnten. Er lehne auch den Erlass einer einstweiligen Verfügung auf den Antrag der beiden Fraktionen Zentrum und SPD, ab, deren Aktilegitimation er übrigens noch nicht geprüft habe. Die Ablehnung erfolge aus dem gleichen Grunde wie die Ablehnung gegenüber den Anträgen der Staatsminister. Der Staatsgerichtshof lege den allergrößten Wert darauf, zu betonen, daß von ihm aus jegliche Beschlüsse zur Durchführung einer endgültigen Entscheidung im Rahmen der dem Staatsgerichtshof durch die Geschäftsordnung gezogenen Grenzen gefördert werden werde.

Ausnahmezustand wird aufgehoben

Berlin, 25. Juli. Das Reichskabinett hat beschlossen, den militärischen Ausnahmezustand für Berlin und die Provinz Brandenburg im Laufe des Dienstes aufzuheben. Da mit würden die Befugnisse, die der Militärbefehlshaber des Westkreises III als Inhaber der vollenziehenden Gewalt hat, beendet sein. Die vollenziehende Gewalt würde, wie im gesamten übrigen Staatsgebiet Preußens, so auch in Berlin und Brandenburg wieder auf die preussische Regierung oder richtiger auf die vom Reichskanzler eingesetzten kommissarischen Minister übergehen.

Die vom Reichskanzler als Reichskommissar für Preußen eingesetzten Bevollmächtigten und Staatssekretäre werden in den nächsten Tagen die bisher in Preußen geltende Vorschriften, daß Staatsbeamte sich nicht für die Nationalsozialistische Partei betätigen dürfen, aufheben.

Diese Vorschriften ist seinerzeit viel umstritten worden und hat auch in zahlreichen Gerichtsentscheidungen eine Rolle gespielt. Sie stimmt im übrigen überein mit Vorschriften, die für die Beamtenschaft auch in einigen süddeutschen Ländern bestehen.

Beitritt zum Konsultativpakt

W. Berlin, 25. Juli. Wie wir von unterrichteter Seite hören, hat die Reichsregierung in der Angelegenheit des so genannten Vertrauensabkommens auf Grund der von ihr eingezogenen Verhandlungen der britischen Regierung annähernd mitteilen lassen, daß sie bereit ist, sich gemäß der englisch-französischen Erklärung am 13. Juli in den eintretenden Fällen an einem offenen Meinungsaustausch über die in der Erklärung enthaltenen europäischen Fragen zu beteiligen. Eine entsprechende Mitteilung geht auch der französischen Regierung zu, die inzwischen gleichfalls an die Reichsregierung die Aufforderung zum Beitritt zu der Erklärung gerichtet hat.

Die Rundfunkrede Simpsendörfers

Berlin, 25. Juli. (Eig. Meld.) Der Führer des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Abg. Simpsendörfer, hielt heute abend im Rundfunk eine Rede, in der er mit Nachdruck betonte, daß das politische Ziel seiner Partei der Volkstaat auf christlicher Grundlage sei. Der Volksdienst werde auch in Zukunft um einen gerechten Frieden und um die deutsche Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen. Gegen eine Politik sozialer Ungerechtigkeiten wende er sich mit rücksichtsloser Schärfe. Ein gefundener Bauernstand sei eine der wichtigsten Säulen eines starken Staates. In Erziehung und Bildung fordere die Par-

tei für die evangelische Jugend die evangelische Schule, sie lehre es aber ab, den konfessionellen Miß, der durch Deutschland gehe, zu vertiefen. Der Gang und das Ergebnis der Verhandlungen in Lausanne finde nicht die Billigung des Volksdienstes, der sich auch gegenwärtig sehr, sich der neuen Regierung auf manchen Gebieten abwartend, in mancher Hinsicht sogar in Abwehr gegenüberzustellen.

„Der Bauer im Staat von heute“

Berlin, 25. Juli. Der Führer des Deutschen Landvolkes, von Dauendörfer, sprach heute abend am heimischen deutschen Sendern über das Thema: „Der Bauer im Staat von heute“. Was der Bauer, führte der Redner aus, zu seiner Arbeit bringe, sei die ruhige Sicherheit ohne politische Experimente. Diese Sicherheit zu schaffen, sei eine der vornehmsten Aufgaben des Staates. Die Landwirtschaft bedürfe in erster Linie einer frühbaren Entlastung der Ausgabenseite, damit die dauerliche Ertrage wieder gefördert werde. Als weitere Maßnahme für die Aufbaubarkeit nannte der Redner u. a. neben einer durchgreifenden Senkung der Zinsen und öffentlichen Lasten weiteren Schutz der Veredelungsproduktion und Senkung der Umsatzsteuer für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem für das Getreide gültigen Satz von 0,85 v. D.

Rußland kehrt zu freien Märkten zurück

W. Moskau, 24. Juli. Den Maßnahmen für die weitgehende Wiedereinführung des freien Handels für die Bauern als Mittel zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion folgen durch neue Erlasse gleichartige Maßnahmen für die Hausindustriellen- und Handwerker-Kooperativen und Betriebsgesellschaften. Da infolge nicht genügend entwickelter Konsumindustrie die Versorgung der Bevölkerung mit Massenbedarfsartikeln, mit Kleidung, Schuhwaren, Wäsche, Handwerkszeug, Instrumenten, Möbeln und vielem anderen in erster Linie von den Kooperativen und Kollektiven der Handwerker und Arbeitnehmer abhängt, wird jetzt auch diesen gestattet, von dem bisherigen System des Rohstoffvertriebs aus Staatsmitteln und dem Verkauf der Fertigerware zu vorgeordneten Preisen abzugeben. Diese Kooperativen können sich jetzt freibändig auf den Märkten mit Rohstoffen versorgen und ihre Fertigerware ebenfalls nach Belieben zu Preisen absetzen, die sich im freien Marktverkehr entwickeln.

Regelmäßig wie bei den bäuerlichen Kollektiven sollen auch die industriellen und handwerklichen Kooperativen durch auf diese Weise sich ergebende erhebliche Verdienstmöglichkeiten zur Steigerung der Produktion von Massenverbrauchswaren angefeuert werden, und zwar auch um den Preis, daß diese dadurch ebenso wie die Lebensmittel seit Freigabe des bäuerlichen Handels das Budget der Konsumenten erneut durch Verteuerung belasten.

Anzeigenpreis:

Die einpolige Textzeile oben dem Raum 20 Kpf., Kleinanzeigen 100 Prop. Zeitungs. Offerte und Aufnahmestellung 20 Kpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachvertrahens hinfallig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Veränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Geschäftsstand für beide Teile in Neuenbürg. Für teile Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Billigeres Geld

Vor einer neuen Zinsenkung?

Von unserem Berliner volkswirtschaftlichen Mitarbeiter

Eine Welle der Geldverbilligung geht durch die ganze Welt. Die auf ihrem Tiefstand angelangte Wirtschaftsdpression hat nicht nur Arbeiter, sondern auch Geld beschäftigungslos gemacht. Das freigewordene Geld drückt nun auf die internationalen Geld- und Kapitalmärkte. In den meisten Ländern ist der offizielle Diskontsatz auf 2 oder 2½ Prozent gesunken, und für täglich fließbare Einlagen werden nur noch ganz minimale Zinssätze vergütet. Von den kurzfristigen Geldmärkten hat sich die Zinsenkung auf die Kapitalmärkte fortgesetzt. England hat eine Konversion seiner hochverzinslichen Staatsanleihen in niedriger verzinsliche mit bestem Erfolg durchgeführt. Frankreich will ihm auf diesem Wege folgen. Alle höher verzinslichen französischen Staatsrenten sollen in 4½prozentige umgetauscht werden. Insgesamt wird sich die Konversion dann auf rund 84 Milliarden Fr. 5- und 6prozentige französische Renten erstrecken. Das Rentnervolk, das früher an sehr niedrige Zinssätze der Staatsanleihen gewöhnt wird, wird sich mit dieser großzügigen Transaktion, die dem französischen Staat mehr als eine Milliarde jährliche Zinserparnis bringen wird, bereitwillig abfinden. Denn den geringen Zinssätzen stehen auf anderen Gebieten erhebliche Entlastungen gegenüber, und letzten Endes kommt alles, was der Staat an Zinsen erspart, dem Steuerzahler zugute.

Soll Deutschland inmitten dieser allgemeinen Geldverbilligung eine Insel verhältnismäßig hoher Zinssätze bleiben? Das würde für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf den Weltmärkten ein nicht zu überwindendes Hindernis sein, da die deutsche Produktion ja ohnehin durch hohe Steuern und soziale Anwendungen stark verbelastet ist. Seit einiger Zeit sind aber alle Bemühungen, die deutschen Zinssätze zu senken, auf scheinbar unüberwindliche Widerstände gestoßen. Einer Herabsetzung des Reichsbankdiskonts unter den heutigen Satz von 5 Prozent steht das Bankgesetz entgegen. Obwohl dieses Hindernis mit der Ratifikation des Lausanner Abkommens in Wegfall kommen wird, ist es nicht gelungen, den internationalen Notenbankpräsidenten schon jetzt die Zustimmung zu einer Senkung des Reichsbankdiskonts auf 4 Prozent abzurufen. Demgemäß müssen auch die ausländischen Stillhaltegebühren weiter mit 5 Prozent und mehr verbleiben. Allerdings muß andererseits anerkannt werden, daß die unzulässige deutsche Gold- und Devisenlage die Situation der Reichsbank in der Diskontfrage erheblich kompliziert. Soeben mußten wieder mehr als 50 Millionen Mark Gold aus den knappen Beständen der Reichsbank zur Bezahlung fälliger Schulden an das Ausland abgegeben werden. Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold und Devisen beträgt zurzeit weniger als 25 Prozent, während doch ein 40prozentiges Deckungsverhältnis die Voraussetzung für eine Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf weniger als 5 Prozent sein soll. Unter diesen Umständen wird eine Beeinflussung des zu hohen deutschen Zinsstandes von der Diskontseite her vorläufig kaum möglich sein. Es bleibt also wieder nur ein direkter Eingriff in die Zinsvereinbarungen übrig, wie sie Brüssel schon einmal durch die Notverordnung über die Zinsenkung vorgenommen hat.

Da die deutsche Wirtschaft eine Ermäßigung der Zinslasten dringend braucht, so glaubt man, daß schon in nächster Zeit eine abermalige Herabsetzung der Zinsen aller festverzinslichen Wertpapiere verordnet werden wird. Man wird den gefestigten Höchstzinsfuß von 8 auf 5 oder auf 4½ Prozent herabsetzen. Die Wirkungen eines solchen Eingriffs sind für die Inhaber der Rentenwerte die gleichen wie die einer Rentenkonzession. Der Unterschied besteht nur darin, daß in England und Frankreich die Anleihebeträge denjenigen Inhabern von Renten, die mit der Zinsenkung nicht zufrieden sind, in bar zurückgezahlt werden. Das ist natürlich in Deutschland nicht möglich. Aber praktisch hat es auch kaum Bedeutung, da ja nur sehr wenige Rentenbesitzer von diesem Rechte der Rückforderung Gebrauch machen. Was sollen sie auch mit dem Gelde anfangen, da sie es nirgends bei gleicher Sicherheit höher verzinslich anlegen können! Der deutsche Rentenmarkt hat sich übrigens schon seit längerer Zeit auf die neue, zweite Zinsenkung eingestellt. Sie wird mit größter Wahrscheinlichkeit kommen, sobald sich bei einer leichten Belebung der Konjunktur eine erhöhte Geldnachfrage fühlbar machen wird. Dann wird man zum zweiten Male versuchen, von der Seite der Zinssätze für langfristige Kredite her den Markt der kurzfristigen Leihgelder im Sinne einer Zinsermäßigung zu beeinflussen. Der bei der ersten Zinsenkung erreichte Teilerfolg wird sich auf diese Weise voraussichtlich wiederholen lassen. So ansehbar das angewandte Mittel des Zwangszinnes ist, so billigerwert ist der erstrebte Zweck: die Senkung der deutschen Zinssätze, ihre Anpassung an die sehr niedrigen internationalen Zinssätze.

Dr. Hugenberg über die Frage der Entschuldung

Bregenz, 25. Juli. (Eig. Meld.) In einer Rundgebung der Deutschnationalen Volkspartei hielt Dr. Hugenberg am Sonntag abend eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die sogenannte „Ökonomie“ hat sich im weiten Umfange zu einem „Massacre von Kritikern“ entwickelt. Sie leidet an dem falschen Grundgedanken der „Entschuldung“. Es gibt keine Kredite mehr, die man an die Stelle vorhandener Kredite setzen könnte. Das Auffrischen eines neuen Wirtschaftslebens kann sich vielmehr nur auf der Erkenntnis entwickeln, daß nur ein ehrlich zusammenfassender Schuldner wert ist, wieder hoch zu kommen. Es muß ehrlich eingestanden werden, wie es aussieht. Die Reichsregierung, die das nicht tut, nimmt die Sünden der früheren Regierungen auf sich. Die nationalsozialistische Wand-

(Bettlerbericht.) Von Italien erstreckt sich über Deutschland bis nach Skandinavien ein schwarzer Döckel...

Virtensfeld, 26. Juli. Gestern früh 10 Uhr wurde im Wege der Zwangsversteigerung das Anwesen des Regimentsführers...

Virtensfeld, 25. Juli. (Eingelände.) Die sozialdemokratische Partei kann mit Stolz auf die am Samstagabend im Galle...

propaganda redet unverantwortlicher Weise den Schuldnern vor, unter nationalsozialistischer Herrschaft würden ihre Schulden...

Was muß eine Konvertierung, eine Umwandlung der in Frage kommenden Schulden in ganz niedrig verzinsliche...

Zurück zum Gold!

Dankle Pläne Frankreichs?

Der Verwaltungsrat der B.F. Reparationsbank in Basel stellte sich bekanntlich auf den Standpunkt, daß die Welt zur Goldwährung zurückkehren müsse...

bank setzte allerdings einige Bedingungen fest, ohne deren Erfüllung sie die zerrütteten Weltwährungen nicht sanieren wollte...

Wer soll aber feststellen, ob ein Land den Forderungen nachkam? Wahrscheinlich eben ein französisches Schlichtungsgremium...

So sieht der große französische Plan aus. Die französisch-englische Entente soll ihn unterstützen. Der Ruf: Zurück zum Gold!



Der Prozeß gegen den Mörder des Präsidenten Doumer

Paris, 25. Juli. Schon in den Vormittagsstunden herrschte im Pariser Justizpalast große Bewegung...

Gorguloff beginnt alsdann in zusammenhängenden Sätzen über das Attentat und seine politische Auffassung zu sprechen...

bindung gesucht; er habe aber keine Politik getrieben. Er sei niemals Anhänger der Monarchie gewesen...

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde vom Vorsitzenden dem Angeklagten u. a. vorgehalten, daß in Prag verschiedene Frauen Klagen gegen ihn eingeleitet hätten...

Nach Wiedereröffnung der Sitzung des Gorguloffprozesses kamen die Ereignisse am Tage des Präsidentenmordes zur Verhandlung...

Nach ihm gab der erste Zeuge, der frühere Minister Renaud, eine ausführliche Schilderung des Attentats auf Doumer.

Vor Beendigung seiner Vernehmung gab der Angeklagte Gorguloff eine längere Erklärung ab, in der er betonte, daß das Attentat eine große Proklamation und ein Protest von 150 Millionen russischen Bauern sei...

Standarten im Nebel

Roman von Herbert E. Frederodori. Copyright da: Carl Duncker Verlag, Berlin W. 62.

11. Fortsetzung.

Von der Schloßfreiheit her kommen unaufhörlich Wagen, um die aufbrechenden Gäste abzuholen...

Friedrich geht zu Fuß die Linden entlang, trotz Kälte und später Stunde; es ist schon nach elf Uhr...

Konfieur Meunier kann sich heute nicht über die Unruhe seines Zimmernachbarn beklagen.

Im Schloß, dessen Lichter eines nach dem anderen verlöschen, wird es ruhig. Die letzten Gäste gingen...

In einem kleinen Raum, der nach der Szene hinausgeht, sitzt der König am Tisch. Er ist ganz allein...

Die Offiziere in Jords Vorzimmer sehen einander schweigend an. Sendlitz, der gerade eintritt...

Ein Jägerhauptmann beeilt sich, Sendlitz zu antworten: "Intendant Bergier - Macdonald hat ihn selbst hergeschickt..."

Von drinnen hört man die Stimme Jords: "Schweineerei, die ich nicht mehr mitmache! Den Leuten vom letzten Regiment fallen die Hosen in Lappen vom Körper!"

Bergiers gereizte, scharfe Stimme entgegnet heftig: "Erzählen sichlanieren uns fortwährend mit Wünschen um Sonderbehandlung der preussischen Truppen..."

"Jawohl, Herr Intendant! Aber die preussischen Truppen sollen auch dafür sorgen, daß Ihr Euch ohne Gefahr am Ofen wärmen könnt! Den Eschert mit den Pelzen verfolge ich Euch nicht..."

"Unter solchen Umständen - kann man nicht verlangen, daß sich Jork wie ein Narr schlägt, wie? Das wollten Sie doch sagen, Herr Bergier?"

Die Tür geht auf, der Intendant eilt mit hektischen roten Flecken im Gesicht durch die Reihe der Offiziere...

"Aus Berlin?" "Amoh!" "Soll kommen!" "Zu Befehl, Euer Erzellenz."

Graf Henkel, von Sendlitz geholt, tritt mit einem etwas unbehaglichen Gefühl das Vorzimmer. Seine Galauniform nicht auffällig gegen die nicht gerade hoffähigen Konturen der preussischen Offiziere hier ab...

Der General steht vor dem Ofen, die Hände auf dem Rücken, den Kopf mit der dichten grauen Mähne leicht geneigt.

Graf Henkel schlägt klirrend die Hosen der blühenden Stiefel zusammen: "Flügeladjutant des Königs von Preußen Majestät, Graf Henkel, mit besonderem Auftrag für Seine Exzellenz, Herrin Generalleutnant Jork!"

"Danke - was bringen Sie mir?" Henkel tritt einen Schritt vor bis zum Tisch, legt die Lederhülle, die er bei sich trägt, auf das blaufleisene Gold:

"Geflochten, Exzellenz?" "Jork, noch immer am Ofen: "Bitte."

Graf Henkel öffnet die Tasche, entnimmt ihr ein Handschreiben des Königs, es klirrt in der Lederhülle von Orden.

Jork nimmt den Brief entgegen, öffnet ihn - alles kalt und offenbar gleichgültig, geht zum Fenster, um ihn bei besserem Licht lesen zu können.

Der König beklammert ihn zum Siegel aus Hausle, verleiht ihm und General Kleist den Roten Adlerorden der ersten Klasse, schenkt ihm 4000, Kleist 3000 Taler...

Der General faltet den Brief zusammen: "Ein Schreiben, viertausend Taler und - Er wirft einen Blick in die Schatulle: "Sehr gnädig von Seiner Majestät, meinem Herrn."

(Fortsetzung folgt)

landen belastet, hat dem Großbetrieb 400 Millionen zuerkannt. Nachdem die Nationalsozialisten anfänglich Punkt für Punkt die Papenverordnung unterschrieben, leugnen sie es heute ab, mit der Regierung etwas gemeinsam zu haben. Daß die Nationalsozialisten mit der Sozialpolitik der neuen Regierung einig gehen, beweist eine Schrift des nationalsozialistischen Schriftstellers Ernst Mann „Die Moral der Kraft“ im Verlag G. Hoffmann, Weimar, in der es heißt: „Selbstmord ist die heiligste Pflicht der Kranken und Schwachen, wohl ist es für manchen schwer, den wertvollen Rest seines Lebens selbst zu enden, aber mit ein wenig Mut muß man es fertig bringen, sich selbst zu entleeren, um den gesunden Bürgern nicht zur Last zu fallen.“ Diese rohe Art Sozialpolitik erinnert an die Regierpolitik, in der es heißt: „Wißt du alt und hast kein Brot, schlag ich dich mit der Axt tot.“

Wenn man sagt, das Christentum müßte das Symbol der Regierung sein, so trennen sich beide doch wie die Sonne von der Erde, denn das Christentum ging doch vom Standpunkt der Hilfsbedürftigkeit aus, man nahm sich doch um Arm und Schwache an. „Der zwei Mäntel hat, gebe dem, der keinen hat.“ Aber es ist doch gerade das Gegenteil zu verstehen. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei unterteilt sich in zwei Gruppen: Loge a, feudaler Herrenklub, Ableitung b, Verberge zur Heimat. Um einen der Prinzen zu nennen, so wird Prinz Auni als wilder Schläger gerühmt, war er von 1914-18 auch so ein wilder Schläger? In Ableitung b werden alle diejenigen eingestuft, die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftssysteme geworden sind. Wenn aus Westfalen gemeldet wird, daß die Grafenfamilie Ippenbly reiflos zur N.D.A.P. übergetreten ist, so ist es interessant, daß heute noch an vielen Hauseingängen der Bauernhäuser Medientafeln folgender Sprüche eingemeißelt zu lesen ist: „Vor Kaiser, Engel, Feuer, Blitz und vor dem Grafen Ippenbly, dem wir uns Herrr Gott.“ Wollen die Bauern wiederum von diesen Menschen geknechtet werden? Hoffentlich erwacht das deutsche Volk bald von diesem Mißtrauen. Ein Diskussionsreferat beanstandete die Humanität der N.D.A.P. gegenüber solchen Menschen wie den Schriftsteller Ernst Mann, der Kranke und Krüppel als feier Menschen bezeichnet, wenn sie sich nicht selbst entleeren. Auch gegenüber den vielen Generalen usw. hätte man härter zugreifen müssen. Der Redner gibt zu, daß vielleicht die Partei in manchen Punkten einen ideologischen Fehler begangen hat, aber der Sozialismus ist eine Strömung der Menschlichkeit, man müsse sich in die damalige Zeit versetzen, man wolle Frieden haben. Es gälte jetzt, Maßnahmen zu schaffen namentlich in der misleidigen Jugend, die Freiheit zu retten und politische und wirtschaftliche Gerechtigkeit herbeizuführen. Mit dem Appell, Mann für Mann für unsere Partei einzutreten, schloß der Vorsitzende die überaus anregende Versammlung. Freiseit!

Höfen a. G., 25. Juli. Unter dem Vorsitz von Fabrikant Hans Rehger fand gestern abend im Saal z. „Ochsen“ eine Versammlung der Deutschen Nationalen Volkspartei statt, in welcher Landtagsabgeordneter Dr. Schott aus Stuttgart zu den kommenden Reichstagswahlen sprach. Der Redner führte u. a. etwas Folgendes näher aus: Die schwarze Regierung ist — reichlich verspätet — durch eine Rotberordnung des Reichspräsidenten gestürzt worden. Sie hat völlig versagt in äußerer, innerer, kultureller Politik von Rathenau an über Stresemann zu Brüning. Warum hat sie versagt? Weil sie nicht national, sondern international regiert hat. Sie machte mit ihrer Erfüllungspolitik Schulden um Schulden, ohne daran zu denken, wie der Bump verzinst und wieder zurückbezahlt werden sollte. Dugenberg, der Führer der Deutschen Nationalen Volkspartei, habe immer wieder seine warme Stimme erhoben, vergeblich. Dawes- und Youngplan wurde unterschrieben und nun sitzen wir in Not und Elend. Die verprochenen Steuererleichterungen sind nicht eingetreten, im Gegenteil, neue Steuerordnungen brachten neue, ungerechte Steuern. Dazu macht der Staat, die Gemeinde den eigenen Bürgern Konkurrenz. So hat der Bürger keine Freude mehr am Staat. Ein Gemeindefiskus besteht doch aus der Summe der einzelnen Bürger und nur wenn es diesem ordentlich geht, kann es um die Wohlfahrt des Ganzen gut bestellt sein. Wenn der neue Kanzler Bapen in Louanne nichts erreicht hat, so trägt die Schuld daran das „System“, das mit seiner Politik immer wieder den Franzosen den Rachen gekleidet hat. Uebri-gens hätte sich Bapen bei den Verhandlungen mehr im Hintergrund halten müssen, zugunsten des germanischen Herrn von Neurath. Die kommende Regierung muß vor allen Dingen national sein, sie muß den Geist des Marxismus, des Kommunismus, der Demokratie mit Stumpf und Stiel austrotten. Das Weimarer System, das seit 1918 verdrängt wurde, muß bezimert und der Korruption auf die Finger geklopft werden. Die ungeliebten Tribut- und Schuldenlasten müssen im Interesse der ganzen Weltwirtschaft herabgesetzt werden, wenn wir wie deutsche Kaufleute unseren Verpflichtungen nachkommen sollen. Unser Reich und Warenüberschuß verlangt Kolonien. Die Behauptung des deutschen Volkes muß angestrebt, der Reichsdienst eingeführt, das Steuersystem reformiert werden. Nur auf diese Weise kann unser Volk in harter Arbeit wieder emporgelöhrt werden. Die neue Regierung kann nur Nationalsozialisten und Nationalsozialisten umfassen. Es besteht zwar Gegensätze zwischen uns auf wirtschaftlichem Gebiet, aber diese sind nicht so groß, daß es nicht möglich wäre, sich durch gegenseitiges Nachgeben zu Rast und Frieden des Vaterlandes zusammenzufinden. Jedenfalls aber darf es nicht mehr vorkommen, daß Zentrum und Sozialdemokratie herrschen. Da eine Ausrufung nicht stattfand, konnte der Vorsitzende die Versammlung mit einigen markanten Worten verabschieden. — Der gestrige Sonntag fand überhaupt im Zeichen der Reichstagswahlen. Um 2 Uhr sprach ein sozialdemokratischer Redner in der „Sonne“, ebenfalls dort um 7 Uhr ein Kommunist aus Stuttgart. Sämtliche Versammlungen waren ein fröhlicher Besuch zu wünschen gewesen. — Eine ältere Frau von hier wurde gestern nachmittag zwischen Bögen und Langenbrand durch widerwärtige Umstände von einem Auto, das einem andern auswich, gestreift und umgeworfen, so daß sie den Arm brach. Sie wurde von dem in Frage kommenden Wagenführer sofort dem Bezirkskrankenhaus Neuenbürg zugeführt.

Württemberg

Altenfeld, 24. August, 25. Juli. (Diamantene Hochzeit.) Die diamantene Hochzeit feierten in Offenhause, 24. Münstingen, Forstdirektor a. D. Stodt und Gattin. Stodt kam von Hoffelt, wo er Revierförster war, nach Altenfeld. Er hatte dann viele Jahre das hiesige Forstamt unter sich. Der Jubilar ist der Vater des bekannten Vorstands der Tübinger Augenklinik Professor Dr. Stodt.

Sersheim, 24. Münstingen, 25. Juli. (Bermitt.) Am Samstag mittag wurde der neun Jahre alte Adolf Kira, Sohn des Glasermeisters Kira hier, vermißt. Da der Junge trotz eifriger Nachforschung auch im Laufe des Sonntags nicht aufgefunden werden konnte, hat sich am Sonntag abend die Feuerwehr auf die Suche begeben und den Vermißten im Keller der Turnhalle gefunden.

Stuttgart, 25. Juli. (Darlehens-Ausschüttung.) Die Deutsche Bauhypothek-Württemberg hat bei ihrer 10. Darlehensübergabe am 16. Juli 1932 weitere 1.038.000 RM auf 131 Bauparcelen aus-geschüttet. Damit sind der darniederliegenden württembergischen Wirtschaft, insbesondere dem Baugewerbe, wiederum beachtliche Mittel zugeführt worden.

Rottenburg, 25. Juli. (Schweres Autounfall.) In der Nähe

des Heuberger Hofes ereignete sich gestern abend etwa um halb 8 Uhr ein schweres Unglück mit einem Kraftwagen. Ein Tübinger Auto, mit vier Studenten besetzt, geriet aus noch nicht bekannter Ursache ins Schleudern. Der Führer konnte den Wagen nicht mehr auffangen, er überklüpfte sich und schleuderte die Insassen heraus. Zwei davon erlitten schwere Verletzungen. Das Auto ist demoliert. Ein hinterher kommender Kraftwagen nahm sich der Verunglückten an und alarmierte sofort die Rottenburger Sanitätskolonne.

Sontheim, 24. Heilbronn, 25. Juli. (Bluttat.) In der Nacht zum Sonntag gegen 1 Uhr morgens entzündeten in Sontheim aus geringfügigem Anlaß zwischen zwei Arbeitern Streit-händel. Im Verlaufe dieses Streites zog der 43 Jahre alte Arbeiter Keilbach sein Taschenmesser und brachte dem anderen zwei Stiche in die linke Schulter bei. Als der Gestochene um Hilfe rief, kam ein dritter Arbeiter herbei, der ebenfalls von Keilbach gestochen wurde. Der Hilfsleistende erhielt zwei Stiche in den Unterschenkel und einen Stich in die Hüfte. Der letztere Stich brachte dem Gestochenen eine schwere Verletzung bei.

Stuttgart, 25. Juli. (Straßenraub.) In der Seidenstraße bei der Kofenbergsstraße wurde ein Mann, der etwas angeheitert war, beim Nachhausegehen in der Nacht zum Sonntag von einem jüngeren Mann um 10 Pfennig zum telefonieren angebettelt. Als dieser die Bitte erfüllen wollte und seinen Geldbeutel zog, wurde ihm dieser von dem Bittsteller entziffen, der sofort damit zu entkommen suchte. Ein anderer Passant, der den Vorgang beobachtet hatte, nahm sofort die Verfolgung auf und konnte den Dieb in der äußeren Büchsenstraße einer auf seine Axt herbeieilenden Polizeistreife in die Arme jagen. Den Geldbeutel hat der Täter vor der Festnahme mit einem Teil des Geldes weggeworfen, doch wurde er von der die Straße abschließenden Polizei aufgefunden und der größte Teil des Geldes wieder beigebracht.

Vom Bodensee, 25. Juli. (Ein Felsblock fürgt auf ein Auto.) Zwischen Aberschwende und Schwarzhof im Beegener Wald geriet das mit vier Insassen besetzte Auto des Münchener Hans Rupprecht in einen Steinhaufen. Ein vier Zentner schwerer Felsblock geriet in die Motorhaube und ein etwa 25 Kg. schwerer Stein durch-schlug das Dach und verletzte Rupprecht schwer am Kopf. Einer der beiden Söhne erlitt ebenfalls Kopfverletzungen, der andere Schrit-tunnen. Die Frau blieb unversehrt. Der Wagen mußte abgeschleppt werden.

Aus Bayern, 25. Juli. (Das Einmaleins rückwärts!) Es war in einer unterrichtlichen Dorschule an einem der letzten Schultage. Der Lehrer fragte die Schüler nochmals nach dem Einmaleins, damit sie während der Ferien es nicht vergessen sollen. So kam er auch an einen Knaben, der das kleine Einmaleins ganz schön aufzagen konnte. Als nun der Lehrer das Einmaleins von „rückwärts“ haben wollte, drehte sich der Bursche einfach um und schaurte es nochmals von vorne herunter. — Und das Schöne an der Geschichte ist, daß sie sich wirklich ereignet hat.

Berordnung über Maßnahmen zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten in den Gemeinden

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat am 22. d. M. eine Verordnung über Maßnahmen zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten in den Gemeinden erlassen. In deren erstem Abschnitt wird bestimmt, daß der gemäß § 6 Abs. 2 der Gemeindebes-timmungsverordnung des Reichspräsidenten vom 19. März 1932 auf das Land Württemberg entfallende Teil an der Vier-steuereinsparung der Gemeinden mit nicht mehr als 5000 Einwohnern vom Innenministerium im Benehmen mit dem Finanzministerium verwaltet wird. Beteiligt an der Entschä-digung sind nur die Gemeinden, die bei der letzten Volkszählung nicht mehr als 5000 Einwohner hatten, die Gemeindebes-timmer entsprechend geneigt haben und durch den Aufwand für Wohlfahrtslasten besonders beschwert sind. Dabei sollen vor allem besonders notleidende Gemeinden berücksichtigt werden, die trotz Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten bei spar-samer Haushaltsführung die zur Unterhaltung der Wohlfahrtsdienstverrichtungen erforderlichen Mittel nicht aufbringen können. Vor der Verteilung ist je ein Vertreter des Württ. Städte- und Gemeindetages zu hören.

Im zweiten Abschnitt wird auf Grund der Ermächtigung in der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932 bestimmt, daß auch in Württem-berg von der vom Reich für die einzelnen Bezirksfürsorgever-bände bereitgestellten Wohlfahrtsbills 10 v. D. abgezweigt und vom Innenministerium im Benehmen mit dem Finanzministe-rium besonders verwaltet werden. Die Verteilung soll in derselben Weise erfolgen wie bei der Gemeindebes-timmungsverordnung. Der Rest, der auf die einzelnen Bezirksfürsorge-verbände entfallenden Wohlfahrtsbills wird an die Bezirksfürsorgeverbände nach der Zahl der an den jeweils maßgebenden Stichtagen gemeldeten und vom Reich bei der Verteilung be-rückichtigten Wohlfahrtsdienstverrichtungen verteilt.

Die Hagelrahe

Stuttgart, 25. Juli. Die Kleine Anfrage der Abgeordneten

Fläger und Genossen betr. Bekämpfung der Hagelräden durch Anwendung der Hagelrahe hat das Staatsministerium wie folgt beantwortet:

Auf Veranlassung des Wirtschaftsministeriums hat der Vorstand der meteorologisch geophysikalischen Abteilung des Statistischen Landesamts die Frage der Witterungsbekämpfung durch Hagelrahen erneut geprüft. Er hat im April dieses Jahres mit den von den Deutschen Brottechnischen Fabriken gelieferten Raften in Wöblingen Schießversuche an-gestellt und ein eingehendes Gutachten über die Versuchsergebnisse und die ganze Frage erfaßt. Als Gesamtergebnis hat er folgendes festgestellt: Die heutigen Hagelrahen mit einer Steighöhe von ca. 800 Meter und einer Sprengladung von noch nicht 100 Gramm haben aus physikalischen Gründen nicht die geringste Wahrscheinlichkeit für sich, einen wirksamen Hagelstich zu geben. Nimmt man hinzu, daß sich bei den zahllosen Abschüssen solcher Raften kein einziges Mal eine einwandfreie Wirkung hat beobachten lassen, dagegen häufig genug der Hagelstich ungehindert weiterging, so kommt man zu dem Resultat, daß jeder Versuch, der auf das Hagelstichen in heutiger Form abgesehen wird, weggeworfenes Geld ist.

Auf Grund dieses Gutachtens hat das Wirtschaftsministe-rium in Uebereinstimmung mit der Landwirtschaftskammer von der Durchführung weiterer Versuche Abstand genommen.

Baden

Pforzheim, 25. Juli. (Verkehrsunfall.) Als gestern abend ein Kraftfahrer von der Güter- in die Anhelmitstraße einbog und dabei seine Geschwindigkeit nicht herabminderte, fuhr er auf den Gehweg auf und prallte gegen eine eiserne Einfriedigung. Ein 21 Jahre alter Mechaniker, der auf dem Rücksitz mitfuhr, wurde hierbei über das Kraftrod hinweg etwa 10 Meter weiter auf das tiefer gelegene Gelände des Güterbahnhofs geschleudert. Der Kraftfahrer blieb unverletzt. Der Verunglückte, der bewußtlos war, mußte ins Städt. Krankenhaus übergeführt werden.

Karlsruhe, 25. Juli. Die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Führer“ ist vom Ministerium des Innern mit Wirkung vom 25. Juli ab auf die Dauer von 3 Tagen verboten worden.

Hilfe der Schwarzwaldbauern

Neustadt i. Schw., 24. Juli. Hier fand eine gut besuchte Versammlung des Birtvereins Neustadt und Umgebung statt, in dem Sunditus Dr. Goller-Karlstraße einen Vortrag über die Lage im Gastwirtsgewerbe hielt. Die Versammlung setzte sich zur Kotlage des Gewerbes eine Entschließung folgenden Inhalts: „Die berufskundliche Organisation des gesamten Gastwirtsgewerbes im Hochschwarzwald sieht sich veranlaßt, allen maßgebenden Behörden die furchtbar trostlose Lage eindringlich vor Augen zu führen. Eine unerwartet schlechte Saison, wie sie seit Menschengedenken nicht mehr zu verzeichnen ist, hat uns überrascht und dazu geführt, eine unvermeidliche Kata-strophe zu entfehlen. Der über alle Maßen übersteuerten Grund-berufsen ist unter den drückenden Lasten, die ungerechte und unverantwortliche Bier- und Gemeindegewerbesteuer betreibt den letzten Haht aus unseren Betrieben. Die Betriebsumkosten hingegen erhöhen sich täglich. Steuerrückstände jeglicher Art können selbstverständlich nicht mehr erfaßt werden. Wir müssen in der Stunde größter Not dringend bitten, Steuer-stundungsersuchen aller Art weitgehend stattzugeben, den ferneren Sorge zu tragen, daß alle Zwangsvollstreckungsmaß-nahmen eingestellt, bzw. auf unabsehbare Zeit hinaus nicht in die Wege geleitet werden. Der Weg der Selbsthilfe ist uns nun klar vorgezeichnet. Ob wir ihn begehen müssen, ist in die Hände der Behörden gelegt. Wir können daher eine Erfüllung unserer Wünsche nur erbiten.“

Handel und Verkehr

Lauffen a. N., 25. Juli. (Schöner Stand der Weinberge.) Dank der intensiven Bekämpfung der Rebschädlinge und der Reibrankheiten sind unsere Weinberge schön und gesund. Der Traubenertrag ist befrügend. Die Jungelder, namentlich die mit Wurzelreben bestockten, mochten kräftig heran. Freilich dürfen bei ihnen weitere Befahrungen gegen die gefährliche Blattkrankheit nicht unterlassen werden.

Stuttgart, 25. Juli. (Landesproduktentber.) In abgelaufener Woche hat sich die Tendenz auf dem Getreidemarkt befestigt. Infolge der anhaltend niedergegangenen Regengüsse verzögert sich nicht nur die Ernte, sondern es ist auch in frühen Gegenden, wo Gerste und Roggen bereits geschnitten ist, mannigfach größerer Schaden entstanden. Auch durch Anwerter haben die Felder teilweise gelitten. Die Nach-frage war etwas lebhafter, namentlich für greifbare Ware. Es na-heren je 100 Kg.: Württ. Weizen 25.50-27 (am 18. Juli 25.50 bis 26.50), Sommergerste (nominell) 19-20 (uno.), Futtergerste (nominell) 17.75-18 (uno.), Hafer 16-17.50 (uno.), Weizen (lose, neue Ernte) 3.25-4.50 (uno.), Kleben (lose, neue Ernte) 4.50-6 (uno.), drahtgepresstes Stroh 3.50-4.25 (uno.), Weizenmehl Spezial 0 40.30 bis 40.80 (uno.), Brotmehl 32.30-32.80 (uno.), Mele 9.25-9.50 8.75-9) Mark.

Letzte Nachrichten

Frankfurt a. M., 25. Juli. Der Deutsche Sängerbund hat be-



Die Konferenz der Länderminister in Stuttgart

Die Teilnehmer der Konferenz auf der Freitreppe des Palais Reizenstein in Stuttgart. Von rechts nach links: Reichsarbeitsminister Dr. Schäfer, Reichsinnenminister a. G., Stat., Staatsminister Bogalle (Württemberg), Reichshausler v. Bapen, Ministerpräsident Dr. Heß (Bayern), dahinter Staatspräsident Dr. Schmitt (Baden), ganz links Staatspräsident Dr. Avelung (Hessen).



schließen, das nächste Sängerbundesfest 1937 in Leipzig stattfinden zu lassen. Mit diesem Bundesfest soll zugleich die Feier des 75. Bestehens des Bundes verbunden werden.

Röln, 24. Juli. Am Samstagabend ereignete sich in einem Hause in der Alexanderstraße eine furchtbare Bluttat. Ein hier wohnender 28jähriger Dentist schlug seine gleichaltrige Braut mit einem Gummihüpfel bewußlos und erhängte sie. Nachdem der Tod der Unglücklichen bereits eingetreten war, brachte der Mörder der Leiche noch mehrere Stiche am Hals bei und schloß sich darauf selbst eine Kugel in den Kopf. Er starb kurze Zeit nach der Tat. Die Beweggründe zu der Bluttat stehen noch nicht fest.

Moskau, 24. Juli. Am fünf zum Erschießen verurteilten leitenden Angestellten der Moskauer staatlichen Handelsorganisation, darunter zwei Kommunisten, die Waren verschoben und Unterschlagungen begangen hatten, ist das Urteil vollstreckt, nachdem das Gnabengesuch von der Regierung abgelehnt worden war.

Moskau, 25. Juli. Nach einer Meldung aus Leningrad wurde dort am Samstag ein Feuerüberfall auf die Filiale der Staatsbank verübt. Acht mit Maschinengewehren bewaffnete Männer drangen in das Gebäude und raubten größere Geldbeträge. Sie versuchten zu entkommen, wurden aber von Beamten der GPKL gestellt und nach einem kurzen Feuergefecht festgenommen. Die Banditen werden wegen Banditentums zum Tode verurteilt werden.

Die Befestigungen an der französischen Ostgrenze

„Prachtvoll ausgedacht und ausgeführt“

Paris, 24. Juli. (Fig. Meld.) Ueber die Befestigungen an der französischen Ostgrenze machte der Abgeordnete Lamoureux sehr interessante und charakteristische Ausführungen. Lamoureux, der Generaldirektor der Finanzen im Finanzamt der Kammer ist, befindet sich zur Zeit auf einer Besichtigungstour durch die Befestigungswerke in der Gegend von Metz. Sein erster Eindruck sei, daß diese Befestigungen prachtvoll ausgeführt und ausgedacht worden seien. Frankreich habe mit dem Bau dieser Befestigungen eine in der Geschichte der Völker beispiellose Leistung vollbracht, deren einzigartige Bedeutung besonders bemerkenswert erscheine, wenn man die Schwierigkeiten bedenke, die sich der Ausführung entgegenstellten.

Aus Welt und Leben

Altes Lied in neuer Fassung. In Wittenberge hat ein Poet voll grimmen Galgenhumors das alte Lied von den drei Bursten, die über den Rhein zogen, in eine zeitgemäße Form gebracht. Sie lautet:

Es zogen drei Herren die Straße entlang
Sie gingen hinein in ein Restaurant.
Franz Wein, hat sie gut Bier und Wein,
Und warum sitzt sie so ganz allein?
Mein Wein und Bier sind hell und klar,
Die Gäste aber sind jetzt sehr rar.
Der erste bestellt der Gläser drei —
Das war der Vertreter der Bauerei,
Der zweite aß sich noch einmal satt —
Weil er die Möbel geliebt hat.
Der dritte verheißt das Inventar —
Weil das der Gerichtsvollzieher war...

Al Capone scheidet im Gefängnis ein Buch. Al Capone, der gegenwärtig im Atlantik-Gefängnis seine Strafe verbüßt,

wird von der Gefängnisverwaltung das beste Zeugnis ausgestellt. Er soll einen günstigen Einfluß auf die anderen Sträflinge ausüben. Al Capone ist in der Schuhmacherwerkstatt beschäftigt und schreibt während seiner Wartezeiten ein Buch, das den Titel führt: „Ratschläge für Uebelthäter — Mein Weg zum Erfolg“. In dem Buch bekennt er, daß er ein gewöhnlicher Verbrecher sei. Er erklärt, er sei ein früherer Mitarbeiter des Roten Kreuzes und er habe nichts weiter begangen, als dürftige Leute mit Bier zu versorgen. Abgesehen von seiner literarischen Tätigkeit ist er der Führer der Baseballmannschaft und ein hervorragendes Mitglied des Gefängnisvereins der Sträflinge. Aus der Haft entlassene Mitgefangene erklären, Al Capone hoffe, daß ihm nach drei Jahren der Rest seiner Gesamtstrafe von zehn Jahren erlassen werden wird.

Es wird immer bunter

Mit dem Braunhemd fing es an. Als Adolf Hitler in Landskron gefangen lag, führte Oberleutnant Rothkopf sehr gegen den Willen Dittlers das Braunhemd ein. Einige inzwischend verschwundene Wehrbände folgten mit dem Grünhemd. Und jetzt wird es bald so sein, daß man die Parteizugehörigkeit nicht wie dreimal am Tag einen roten Kleeblatt oder eines Abzweigen, sondern an der Farbe des Hemdes erkennt. Die Kommunisten haben beschlossen, ihre antifašistischen Truppen in Zukunft nur noch in roten Polohemden in Erscheinung treten zu lassen. Die „Schwarze Front“ der Jungbauern-Bewegung marschieren nur noch in schwarzen Hemden. Gemäß ihrer Denkungsart haben die christlichen Kampfbünde beider Konfessionen als Farbe ihres Hemdes das unschuldsvolle Weiß gewählt. Und damit die blaue Blume der Komantil nicht fehle, hat ein Parteibeibl Eugenbergs loben angeordnet, daß die Scharen seiner Bismarckjugend nur noch im Blauhemd in die politische Arena steigen dürfen. England hatte den Kampf zwischen der weißen und roten Rose, in Bayern tritten die Grünen und Blauen abwechselnd um die Gunst der Kaiserin, in Deutschland wird es in Zukunft nur noch heißen: „An ihren Hemden sollt ihr sie erkennen!“

Arbeitsdienstpflicht und Arbeitsschule

Sinn der Arbeitsdienstpflicht

is. Die Arbeitsdienstpflicht, die heute in weiten Kreisen gefordert wird, soll vor allem einer ähnen Folge der Arbeitslosigkeit möglichst abhelfen: sie soll die Erziehung zur Arbeit, die Arbeitsschule, übernehmen, die heute leider oft unterbleibt. Der Staat will selbst der Arbeitslehrer werden, ja er will die staatliche Arbeitsschule durch die dauernde Einrichtung der Arbeitsdienstpflicht zur Regel machen.

Geschichte der Arbeitsschule

Die Arbeitsschule ist nur ein Teilgebiet der Erziehung und Lebensschulung des Menschen. In früheren Jahrhunderten war die Arbeitsschule allerdings noch keine Teilschule. Sie wurde im Elternhause mit der allgemeinen Erziehung begonnen und beim Meister fortgesetzt. Mit dem Weistrieb fand sie, wie auch die ganze Erziehung zum Staatsbürger einen gewissen Abschluß.

Mit der Trennung der einzelnen Lebensgebiete aber und mit dem Zerreißen der Lebensseinheit in verschiedene Teile, wurde die Arbeitsschule eine besondere Angelegenheit. Ihre ersten Anfänge finden wir im 16. Jahrhundert in England,

wo man Werksschulen errichtet hatte. Eine ähnliche einseitige technische Arbeitsschule verfolgten im 18. Jahrhundert die österreichischen Industriellen. Die 1703 geforderten tüchtigsten Arbeitsschulen sollten die Lernbegierigen in der Werkstattarbeit, im Garten und Feldbau unterrichten. Der moderne Arbeitsdienst aber, wie er geplant ist, will nicht so sehr die technische Ausbildung dem Staate überantworten, als vielmehr die große Schule der Arbeit in die Hand nehmen. In diesem Sinne arbeiteten bekanntlich Rousseau und Pestalozzi, Fehlgar und Kröbel und wie sie alle helfen mögen. Sie erkannten den erzieherischen Wert der Handarbeit und des Handarbeitsunterrichtes in den Schulen. Der Gedanke der Arbeitsschule wurde schließlich durch Kerschenscheiner zu seiner heutigen Form ausgebaut.

Arbeitsschulen der Gegenwart

Die Erziehung zur Arbeit wurde und wird heute noch dem Elternhause und nach der Schule und außerhalb des Arbeitsplatzes von verschiedenen Verbänden und Unternehmungen fortgesetzt. Bekannt sind die Bemühungen der Gewerkschaften, welche ihre Anhänger in zahlreichen Lehrkursen unterrichten. Sie fördern aber in der Hauptsache nicht so sehr die technische Arbeitsschule, als vielmehr die Unterweisung in Fragen der Weltanschauung, der Politik und Wirtschaft, wobei sie vor allem ihre eigene Einstellung hervorheben. Einzelne Werke gingen daran, ihre Lehrlinge auch in der freien Zeit für die Lehrlingsgemeinschaft zu verpflichten, z. B. das „Dinto“, sie versuchten Werksgemeinschaften zu gründen und neben der Erziehung zur Arbeit auch die Erziehung zum Staatsbürger und zur Gemeinschaft zu übernehmen. Zahlreiche Fachschulen ergänzen und vollenden den großen Bau unserer bisherigen Arbeitsschule.

Gepante staatliche Arbeitsschule

Nun aber tritt der Staat hervor. Die unerhörte Arbeitslosigkeit veranlaßt ihn, die Arbeitsschule, die heute zum großen Teil brach liegt und wegen des Arbeitsmangels zum Teil unmöglich wird, selbst in die Hand zu nehmen. Die Arbeitsdienstpflicht soll diese Aufgabe erfüllen. Sie soll die Erziehung zur Arbeit, soweit sie außerhalb der Berufsarbeit liegt, abwickeln, sie soll aber auch die Erziehung zum Staatsbürger fördern, eine Aufgabe, die zum Teil früher dem Väterdienst oblag.

Staatliche und private Arbeitsschule

Die zahlreichen Fachschulen, die vielen Lehrlingsschulen und alle Arbeitsschulen, die einen bestimmten Beruf fördern wollen, werden durch die Dienstpflicht natürlich nicht überflüssig. Sie haben wie bisher eine bedeutsame volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen.

Auch die Verbände, die bisher die Arbeitsschule nach der Familie und der Schule selbst übernahmen, werden durch die staatliche Arbeitsdienstpflicht nicht überflüssig. Sie können den Gedanken der staatlichen Volksgemeinschaft weiterpflegen und vor dem Schwinden bewahren, das ihm nach dem Ablauf der Dienstpflicht droht. Die Verbände dürfen allerdings keinen staatsfeindlichen Gemeinschaftsgeist hegen und pflegen, wie es z. B. kommunistische Verbände tun.

Die Arbeitsdienstpflicht soll die jungen Menschen zum Arbeiten und zur Volksgemeinschaft erziehen. In gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen kann die Arbeitserziehung selbstverständlich auch von der Familie und der Arbeitstätte durchgeführt werden. Die Erziehung zur Gemeinschaft aber kann die private Arbeitsschule nicht in dem Umfange wie die Dienstpflicht erfüllen.

Wirtl. Amtsgericht Neuenbürg.

Eintragungen in das Güterrechtsregister vom 25. Juli:

- 1) Wilhelm Wolfinger und Mina, geb. Bollmer, verw. Großmann, Bäckers-Cheleute in Ottenhausen, haben durch notariellen Ehevertrag vom 8. 7. 32 unter Abänderung der §§ 1427 und 1429 BGB. Gütertrennung vereinbart.
- 2) Karl Jäck und Anna Katharine, geb. Fieß, Schreiners-Cheleute in Gräfenhausen, haben durch notariellen Ehevertrag vom 29. April 1932 unter Abänderung der §§ 1427 und 1429 BGB. Gütertrennung vereinbart.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Quittungskarten

insbesondere diejenigen der freiwillig Versicherten und der unabhängig Beschäftigten morgen vormittag von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr im Rathaus (Zimmer 8) dem Kontrollbeamten vorlegen.

Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestellten-Versicherung.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Auf die am Rathaus und den übrigen Wahllokale angeschlossene Bekanntmachung betr. Abgrenzung der Stimmbezirke, die Abstimmungs-Räume und -Zeit für die

Reichstagswahl vom 31. Juli d. J.

wird hingewiesen. Wahlpostkarten mitbringen.

Bürgermeister Knodel.

Gemeinde Birkenfeld.

Die Reichstagswahl

findet am Sonntag den 31. Juli 1932, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, statt.

Die Abgrenzung der Stimmbezirke und die Lage der Abstimmungsräume ist wie bei den früheren Wahlen beibehalten worden (vergl. Anschlag am Rathaus).

Birkenfeld, den 25. Juli 1932.

Bürgermeisteramt: Neuhaus.

Berein für Bienenzucht Neuenbürg, e. V.

Mit Rücksicht auf die bestehende Not wurde der Honigpreis von 2 Mk. auf 1.60 Mk. zurückgesetzt. In Anbetracht der Mähernte des Vorjahres, des hohen Zuckerpreises und der bis jetzt bescheidenen Honigernte des laufenden Jahres dürfte der angelegte Preis als angemessen erscheinen.

Der Ausschuß.

Neues aus unserm Erfrischungsraum:
Mittwoch Kindertag!

1 Tasse Schokolade mit Sahne	10.
1 Makronenschnitte	10.
1 Linzerschnitte	10.
1 Aprikosentörtchen	10.
Makronentörtchen	10.
Schokolade-Igel	10.
1 Port. Schlagsrahm	10.
1 Portion russische Eier mit Brötchen	20.

KNOPF

Pforzheim

Stadtpflege Neuenbürg.

Brennholz.

Nächsten Donnerstag den 28. Juli 1932, abends 6 Uhr, werden im Rathaus öffentlich versteigert:

36 Km. Buchenholz,
70 Km. Tannenholz

aus den Distrikten Ilgenberg und Weinfelge.

Stadtpfleger Essich.

Herrenalb-Kullemühle.
Eine junge

Milchziege

und eine Milch- und Fahrkuh samt Kalb verkauft mit jeder Garantie

Sob. Laifner, Schuhmacher.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Mittwoch, 27. Juli, vorm. 10 Uhr, in **Feldbrennholz**:

1 Hochfrequenz-Apparat;
13 Uhr in **Conweiler**:
1 Anker-Nähmaschine.

Zusammenkunft jeweils beim Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Herrenalb.

Familien-Drucksachen

liefert in vornehmer Ausmachung
C. Neef'sche Buchhandlung.

Achtung!

Beamtenversammlung
morgen Mittwoch, abends 7 Uhr, im „Bären“ in Neuenbürg.
Hauptlehrer Herr, Ottenhausen.

NSDAP., Ortsgr. Birkenfeld.
Warnung!

Von chlofen, gemeinen Burschen werden uns unsere Wahlplakate abgerissen, wir stellen von jetzt ab unauffällig Posten aus und werden die ertappten der wohlverdienten Strafe zuführen. Der Einwohnererschaft Birkenfelds mögen diese Buhereien ein Zeichen sein, mit welchen Mitteln unsere Gegner arbeiten und welche schlechte Gewissen sie haben, eine wirklich gute Sache braucht mit demartig verwerflichen Mitteln nicht zu arbeiten. **Gedbt ihnen am 31. Juli die richtige Antwort. „Wählt Liste 2!“**

NSDAP., Ortsgruppe Birkenfeld.

Birkenfeld, den 26. Juli 1932.

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme beim Heimgang unseres lieben Vaters

Gustav Rockenbach,
Steuersekretär a. D.,
sagen wir unsern aufrichtigen Dank.

Geschw. Rockenbach.

Der verehr. Einwohnerschaft von **Birkenfeld** zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich bei Herrn **Albert Schmid**, Heergasse 22, eine

Wasch-Annahmestelle

eröffnet habe.

Jeder Kragen gewaschen u. gebügelt 12 Pf.

H. Schlegel, Neuwäscherei, Neuenbürg.

